

Alarmierende Zahlen: Antisemitismus in Österreich steigt auf Rekordhoch!

Antisemitismus in Wien steigt um 32,5%: 1.520 Vorfälle 2024. IKG fordert Maßnahmen gegen diese besorgniserregende Entwicklung.

Vienna, Österreich - Die Antisemitismus-Meldestelle der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG) hat 2024 einen alarmierenden Anstieg antisemitischer Vorfälle in Österreich verzeichnet. Insgesamt wurden 1.520 Vorfälle registriert, was einem Zuwachs von 32,5 Prozent im Vergleich zu den 1.147 Vorfällen im Jahr 2023 entspricht. Dieser signifikante Anstieg wird mit der „Welle an Antisemitismus“ in Verbindung gebracht, die nach dem Massaker der Hamas am 7. Oktober 2023 in Gang gesetzt wurde, erklärt IKG-Präsident Oskar Deutsch.

Die Meldestelle hebt hervor, dass viele Vorfälle wahrscheinlich nicht gemeldet werden, weshalb die tatsächliche Zahl noch höher liegen könnte. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg physischer Angriffe, der von 18 in 2023 auf 24 im Jahr 2024 stieg. Auch die Bedrohungen nahmen zu, von 18 auf 38. Sachbeschädigungen stiegen auf 216, während verletzendes Verhalten und Massenzuschriften ebenfalls in der Höhe von 626 bzw. 616 Fällen zunahmen.

Ideologischer Hintergrund und Handlungsaufruf

In Bezug auf den ideologischen Hintergrund der Vorfälle sind 30,8 Prozent nicht zuordenbar, 29,8 Prozent islamistisch motiviert, 24,7 Prozent waren links und 14,7 Prozent rechts

motiviert. Deutsch hebt hervor, dass es irrelevant sei, von welcher Seite der Antisemitismus komme, und fordert alle gesellschaftlichen Akteure auf, aktiv dagegen vorzugehen. Er betont, dass Antisemitismus nicht vollständig beseitigt werden kann, aber auf ein erträgliches Maß reduziert werden muss.

Zusätzlich fordert die IKG mehr Präsenz jüdischen Lebens in der Öffentlichkeit sowie Sicherheitsmaßnahmen für Schulen und Synagogen. IKG-Generalsekretär Benjamin Nägele verweist auf eine zunehmende Verrohung innerhalb der Gesellschaft und betont, dass sowohl Täter als auch Opfer jünger werden. Staatssekretär Alexander Pröll kündigte einen neuen Maßnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus an, der noch in diesem Jahr präsentiert werden soll. Er beschreibt die Ergebnisse des Berichts als einen „dringenden Weckruf“.

Europäischer Kontext und Reaktionen

Die Situation in Österreich steht nicht isoliert da. Auch in anderen europäischen Ländern wird ein Anstieg antisemitischer und antimuslimischer Vorfälle beobachtet. In Berlin erhielt ein muslimischer Abgeordneter hasserfüllte Flugblätter, in Lyon wurde eine Jüdin erstochen. Diese Vorfälle werden mit den jüngsten Feindseligkeiten zwischen Israel und Palästina in Verbindung gebracht, wie unter anderem von **Human Rights Watch** berichtet wird.

Ein generelles Problem in der EU ist die unvollständige und ineffektive Reaktion der Regierungen auf solche Vorfälle. Viele Hassverbrechen werden nicht erfasst, da Opfer oft den Weg zur Anzeige nicht kennen. Es wird gefordert, dass Regierungen den Kontext solcher Verbrechen besser berücksichtigen und entsprechende Daten erheben. Führende EU-Staaten wie Frankreich und Deutschland sammeln zwar Daten zu Hassverbrechen, jedoch ist der fehlende Zugang zu umfassenden Antidiskriminierungsdaten ein wesentliches Hindernis für effektive Präventionsstrategien.

Die Bedeutung genauer Daten, die nach Faktoren wie ethnischer Herkunft, Geschlecht und Alter aufgeschlüsselt sind, wird in der EU-Strategie zur Bekämpfung von Antisemitismus hervorgehoben. Diese Daten sind entscheidend, um den Schutz aller Diskriminierungsoffer in Europa zu gewährleisten. Die Entwicklung umfassender Erhebungen und Berichte von nationalen Instituten und Menschenrechtsorganisationen wird als notwendig erachtet, um das Versagen der Regierungen in der Erfassung und Reaktion auf Hassverbrechen zu kompensieren.

Details	
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.hrw.org

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at